

Montagsdemo!

Weg mit Hartz IV!

Arbeitslose und ihre Familien sollen nicht mehr als Menschen gelten!

Werden Arbeitslose und ihre Familien demnächst als „Schädlinge der Leistungsgesellschaft“ gebrandmarkt? Müssen sie bald das Logo des Arbeitsamts auf ihre Jacken nähen?

In Zeitungen, Rundfunk und Fernsehen werden Fälle von Leistungsmissbrauch breit gewalzt. Die Medien geben sich für diese Kampagne bereitwillig her. Die seriösen Journalisten mit ihrem hohen Berufsethos stört es nicht, dass rund 20 Einzelfallbeschreibungen dem Wirtschaftsminister dazu dienen, fünf Millionen Menschen pauschal „Missbrauch, Abzocke und Selbstbedienung im Sozialstaat“ zu unterstellen. Keine wissenschaftliche Untersuchung, keine seriösen Zahlen, - es wird einfach behauptet und mit der (Regierungs-) Macht der Herrschenden im reißerischen Jargon öffentlich verbreitet. „Man muss eine Lüge nur oft genug wiederholen, irgendwann wird sie für die Wahrheit gehalten“, sagte Propagandaminister Josef Göbbels.

Was haben die Arbeitslosen verbrochen?

- Arbeitslose sind arbeitslos, das ist das Schlimmste, was ein Mensch den Politikern antun kann.
- Arbeitslose nehmen in Anspruch, was ihnen gesetzlich zusteht, damit haben die Politiker nicht gerechnet.
- Arbeitslose kosten mehr als geplant
- Arbeitslose leben und arbeiten weiter und ziehen weiter um
- Arbeitslose werden weiter offensiv ihre Würde verteidigen und sich gegen falsche Bescheide und Schikanen zur Wehr setzen.

**Montagstreff im ALZ- Iserlohn – Montag 1800 Uhr
Piepenstockstr. 27, 58636 Iserlohn, Tel.: 02371 / 795250**

Internet: www.anti-hartz-buendnis-nrw.de

Montagsdemos in NRW: Aachen, Bielefeld, Bochum, Bonn, Bottrop, Castrop-Rauxel, Dortmund, Düsseldorf, Duisburg, Essen, Gelsenkirchen, Gladbeck, Hagen, Hattingen, Herne, Herten, Höxter, Iserlohn, Köln, Leverkusen, Marl, Mülheim a.d.Ruhr, Münster, Neukirchen-Vluyn, Oberhausen, Recklinghausen, Solingen, Witten, Wuppertal, und weitere.
2005-11-28

Montagsdemo!

Weg mit Hartz IV

Arbeitslose und ihre Familien sollen nicht mehr als Menschen gelten!

Werden Arbeitslose und ihre Familien demnächst als „Schädlinge der Leistungsgesellschaft“ gebrandmarkt? Müssen sie bald das Logo des Arbeitsamts auf ihre Jacken nähen?

In Zeitungen, Rundfunk und Fernsehen werden Fälle von Leistungsmissbrauch breit gewalzt. Die Medien geben sich für diese Kampagne bereitwillig her. Die seriösen Journalisten mit ihrem hohen Berufsethos stört es nicht, dass rund 20 Einzelfallbeschreibungen dem Wirtschaftsminister dazu dienen, fünf Millionen Menschen pauschal „Missbrauch, Abzocke und Selbstbedienung im Sozialstaat“ zu unterstellen. Keine wissenschaftliche Untersuchung, keine seriösen Zahlen, - es wird einfach behauptet und mit der (Regierungs-) Macht der Herrschenden im reißerischen Jargon öffentlich verbreitet. „Man muss eine Lüge nur oft genug wiederholen, irgendwann wird sie für die Wahrheit gehalten“, sagte Propagandaminister Josef Göbbels.

Was haben die Arbeitslosen verbrochen?

- Arbeitslose sind arbeitslos, das ist das Schlimmste, was ein Mensch den Politikern antun kann.
- Arbeitslose nehmen in Anspruch, was ihnen gesetzlich zusteht, damit haben die Politiker nicht gerechnet.
- Arbeitslose kosten mehr als geplant
- Arbeitslose leben und arbeiten weiter und ziehen weiter um
- Arbeitslose werden weiter offensiv ihre Würde verteidigen und sich gegen falsche Bescheide und Schikanen zur Wehr setzen.

**Montagstreff im ALZ- Iserlohn – Montag 1800 Uhr
Piepenstockstr. 27, 58636 Iserlohn, Tel.: 02371 / 795250**

Internet: www.anti-hartz-buendnis-nrw.de

Montagsdemos in NRW: Aachen, Bielefeld, Bochum, Bonn, Bottrop, Castrop-Rauxel, Dortmund, Düsseldorf, Duisburg, Essen, Gelsenkirchen, Gladbeck, Hagen, Hattingen, Herne, Herten, Höxter, Iserlohn, Köln, Leverkusen, Marl, Mülheim a.d.Ruhr, Münster, Neukirchen-Vluyn, Oberhausen, Recklinghausen, Solingen, Witten, Wuppertal, und weitere.
2005-11-28

Aufruf an alle ...

Bewahren Sie sich Zivilcourage, lassen Sie sich nicht vor den Karren von menschenverachtenden Wirtschaftsbossen und Profipolitikern spannen. Beteiligen Sie sich nicht an der öffentlichen Denunzierung von Arbeitslosen. Protestieren Sie öffentlich dagegen, dass Ihre Mitmenschen wieder als Tiere und Schädlinge bezeichnet werden. Bewahren Sie sich ihre Menschlichkeit und ihren gesunden Menschenverstand. Sie können nicht ernsthaft glauben, dass fünf Millionen Menschen böswillige Abzocker sind! Und denken Sie daran, es kann jeden treffen. Aber besonders von den Mitarbeitern der Behörden ist eine weitgehende Aufklärungsarbeit erforderlich. Durch die Veröffentlichung von internem behördlichem Handeln und anstehenden Verwaltungsanweisungen wird ein großes Stück mehr Transparenz geschaffen. Betroffene und der breiten Öffentlichkeit ständen so eine bessere Information zur objektiveren Beurteilung zur Verfügung.

Wir fordern daher Mitarbeiter auf, interne Verwaltungs-, Dienst- und Arbeitsanweisungen zu veröffentlichen.

Setzen sie das um, was die Bundesdatenschützer 2002 forderten - **Verwaltungsvorschriften gehören ans Licht der Öffentlichkeit** - und das Bundesverwaltungsgericht in einer Entscheidung von 25. November 2004 konkretisierte.

„Es sollte sich in einem Rechtsstaat von selbst verstehen, dass auch alle Grundlagen staatlicher Entscheidungen offen gelegt werden, ohne dass danach gesondert gefragt werden muss. Die Verwaltung hat insofern eine informationelle Bringschuld gegenüber ihren Kundinnen und Kunden. Zudem können die Bürgerinnen und Bürger aus den Verwaltungsvorschriften Ansprüche auf Gleichbehandlung ableiten, was entsprechende Informationen über deren Inhalt voraussetzt. Nur informierte Bürgerinnen und Bürger können abschätzen, ob ihre Angelegenheit fair und korrekt bearbeitet worden ist, oder ob geplante Anträge Aussicht auf Erfolg haben“.

Aufruf an alle ...

Bewahren Sie sich Zivilcourage, lassen Sie sich nicht vor den Karren von menschenverachtenden Wirtschaftsbossen und Profipolitikern spannen. Beteiligen Sie sich nicht an der öffentlichen Denunzierung von Arbeitslosen. Protestieren Sie öffentlich dagegen, dass Ihre Mitmenschen wieder als Tiere und Schädlinge bezeichnet werden. Bewahren Sie sich ihre Menschlichkeit und ihren gesunden Menschenverstand. Sie können nicht ernsthaft glauben, dass fünf Millionen Menschen böswillige Abzocker sind! Und denken Sie daran, es kann jeden treffen. Aber besonders von den Mitarbeitern der Behörden ist eine weitgehende Aufklärungsarbeit erforderlich. Durch die Veröffentlichung von internem behördlichem Handeln und anstehenden Verwaltungsanweisungen wird ein großes Stück mehr Transparenz geschaffen. Betroffene und der breiten Öffentlichkeit ständen so eine bessere Information zur objektiveren Beurteilung zur Verfügung.

Wir fordern daher Mitarbeiter auf, interne Verwaltungs-, Dienst- und Arbeitsanweisungen zu veröffentlichen.

Setzen sie das um, was die Bundesdatenschützer 2002 forderten - **Verwaltungsvorschriften gehören ans Licht der Öffentlichkeit** - und das Bundesverwaltungsgericht in einer Entscheidung von 25. November 2004 konkretisierte.

„Es sollte sich in einem Rechtsstaat von selbst verstehen, dass auch alle Grundlagen staatlicher Entscheidungen offen gelegt werden, ohne dass danach gesondert gefragt werden muss. Die Verwaltung hat insofern eine informationelle Bringschuld gegenüber ihren Kundinnen und Kunden. Zudem können die Bürgerinnen und Bürger aus den Verwaltungsvorschriften Ansprüche auf Gleichbehandlung ableiten, was entsprechende Informationen über deren Inhalt voraussetzt. Nur informierte Bürgerinnen und Bürger können abschätzen, ob ihre Angelegenheit fair und korrekt bearbeitet worden ist, oder ob geplante Anträge Aussicht auf Erfolg haben“.